



SPD Sozialdemokratische Partei Deutschland

Kreistagsfraktion Dithmarschen

25746 Heide, Hamburger Straße 2,

☎ 0481/4211002 - FAX 86208

Frau Kreispräsidentin
Ute Borwieck-Dethlefs
- Kreishaus -
Stettiner Straße 30
25746 Heide

02. Februar 2021

Antrag auf Schülerbeförderung

Sehr geehrte Frau Kreispräsidentin Borwieck-Dethlefs,

namens und auftrags der SPD-Fraktion im Dithmarscher Kreistag darf ich Sie bitte, nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der am 18.02.2021 stattfindenden Kreistagssitzung zu setzen.

Der Kreistag möge beschließen:

1. Schüler und Schülerinnen Allgemeinbildender Schulen werden von den Schülerbeförderungskosten freigestellt. Dies gilt auch, soweit sie Allgemeinbildende Schulen außerhalb des Kreises Dithmarschen besuchen.
2. Diese Regelung ist unverzüglich umzusetzen. Die Schülerbeförderungssatzung wird in der kommenden Kreistagssitzung entsprechend geändert.

Begründung:

Bisher werden von dem Kreis Dithmarschen Kosten der Schülerbeförderung nicht übernommen, soweit Allgemeinbildende Schulen außerhalb des Kreises besucht werden. Ziel dieser Regelung war es, die vorrangige Nutzung der Schulangebote im Kreis Dithmarschen zu fördern. Die Bemühungen der Schulträger zur Stärkung der regionalen Schulstandorte sollte durch Übernahme von Beförderungskosten zum Besuch Allgemeinbildender Schulen außerhalb des Kreises nicht unterlaufen werden.

Die SPD-Fraktion im Dithmarscher Kreistag hält den bisherigen Standpunkt des Kreises Dithmarschen nicht länger für zeitgemäß. Das Land hat die freie Schulwahl ermöglicht. Diese Wahlfreiheit darf nicht an der Kreisgrenze enden. Im Interesse der Chancengerechtigkeit muss Schülerinnen und Schülern der Besuch von Schulen möglich sein, die sich außerhalb der Kreisgrenzen befinden. Die Schulwahl darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.

Die Mehrkosten für den Kreis Dithmarschen betragen etwa 80.000,00 EUR im Jahr. Dies ist im Interesse der Gleichbehandlung aller Schüler hinzunehmen.

Standortpolitik für Schulen lässt sich nicht über die Kosten der Schülerbeförderung betreiben. Dies hat die Vergangenheit gezeigt. Deshalb hat sich die SPD-Fraktion im Dithmarscher Kreistag zur Änderung ihrer bisherigen Position entschlossen.

Mit der vom Land vorgegebenen Freiheit der Schulwahl wird der Wettbewerb zwischen den Schulstandorten gefördert. Letztlich gibt es keinen Grund, diesen Wettbewerb auf das Kreisgebiet zu begrenzen.

Der SPD-Fraktion im Dithmarscher Kreistag ist klar, dass die Gemeinden Schulgeld für diejenigen Schülerinnen und Schüler zu zahlen haben, die Schulen außerhalb ihres Einzugsbereiches besuchen. Dies ist Folge der freien Schulwahl, die der Kreis nicht dauerhaft mit regulativen Maßnahmen unterlaufen kann und darf. Im Übrigen steht es den Gemeinden frei, selbst oder über ihre Schulverbände für attraktive Schulangebote vor Ort zu sorgen.

Unabhängig von der vorstehenden Regelung sieht die SPD im Dithmarscher Kreistag das Land in der Pflicht, Schülerinnen und Schüler von den Kosten der Schülerbeförderung insgesamt freizustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Halusa

(Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Dithmarschen)